

Ottendorfer Zeitung

Lokalanzeiger und Anzeigebblatt für Ottendorf-Dkrilla u. Umg.

Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag, Sonnabend. Bezugspreis monatlich 1.10 RM einschließlich Frachtkosten. Im Falle höherer Gewalt (Störungen des Betriebes der Zeitung, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten) hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis: Die 6 gespaltene mm-Zeile oder deren Raum 5 Pf. Was wollen Sie nachschauen? laut aufliegender Anzeigenpreisliste. Anzeigenannahme bis 10 Uhr vormittags des Erscheinungstages. Bei fernmündlicher Anzeigenannahme wird keine Gewähr für Richtigkeit übernommen. Bei Konkurs und Zwangsversteigerung erfolgt keine Rückzahlung.



Diese Zeitung veröffentlicht die amtlichen Bekanntmachungen der Gemeinde-Verträge zu Ottendorf-Dkrilla und des Finanzamtes zu Tschöben.
Verlagskonto: Dresden 1448. Druck und Verlag: Buchdruckerei Hermann Kühle, Joh. Georg Kühle, Ottendorf-Dkrilla. Girokonto: 211. - Geschäft: 211.

Nummer 139

Sonnabend, den 23. November 1940

39. Jahrgang

Der Führer empfing General Antonescu

Der Führer empfing am Freitagnachmittag in der Neuen Reichskanzlei in Gegenwart des Reichsministers des Auswärtigen von Ribbentrop den rumänischen Staatsführer General Antonescu zu einer längeren Aussprache, die im Geiste des zwischen den beiden Staaten bestehenden herzlichen Einverständnisses verlief.

Anschließend stellte General Antonescu dem Führer den rumänischen Außenminister Prinz Sturdza vor.

Eine Abteilung der SS-Verbandsabteilung erwies bei der An- und Abfahrt die militärischen Ehrenbezeugungen.

Empfang des Reichsaußenministers

Zu Ehren des rumänischen Staatsführers General Antonescu und des rumänischen Außenministers Prinz Sturdza gab der Reichsaußenminister des Reiches von Ribbentrop einen Empfang im Hotel Adlon, an dem die übrigen Mitglieder der rumänischen Delegation, der rumänische Gesandte in Berlin, General Gheorghiu, mit Angehörigen der Gesandtschaft, Staatssekretär Dimitriu und Gesandter Vater Pop, die beide in besonderer Mission in Berlin weilen, teilnahmen.

Auch der japanische Vorkonsul in Berlin, Kurusu, der italienische Vorkonsul Sarti, der sich gegenwärtig in Berlin aufhält, der ungarische Gesandte Sztojay und der italienische Gesandter Vorkonsul Jamboni waren zugegen.

Desweiteren nahmen teil: Generalfeldmarschall Keitel, Reichsorganisationsleiter Dr. Len, Reichsleiter Böhmer, Reichsminister Dr. Dietrich, Reichsminister Dr. Lammers, Staatsminister Dr. Meißner, Staatssekretär von Weizsäcker, Vorkonsul Ritter, Chef der Ordnungspolizei General Dauterode, SS-Obergruppenführer Selbmeier, Staatssekretär Rohde, Staatssekretär Reppert, SS-Obergruppenführer Lorenz, General der Artillerie Jodel sowie weitere Vertreter von Staat, Partei und Wehrmacht.

Besuch beim Reichspressescheit

Der rumänische Staatssekretär für Presse und Propaganda, Constant, der Direktor der Presseabteilung, Ministerialdirektor Medrea, und der Chef der Regionärpresse, Dr. Ramba, wurden Freitag von Reichspressescheit Dr. Dietrich empfangen.

Grandi beim Stellvertreter des Führers

Der Stellvertreter des Führers empfing am Freitag im Braunen Haus in Wänden Graf Grandi, den italienischen Außenminister und Präsidenten der Kammer der Faschi und Corporationen, zu einer längeren Aussprache, an der Reichsleiter Dr. Frant, Präsident der Akademie für Deutsches Recht, teilnahm.

Karmasin bei A. H. Frant

Staatssekretär SS-Gruppenführer Frant empfing im Egerin-Palast den Führer der Deutschen Volksgruppe in der Slowakei, Staatssekretär Ingenieur Karmasin, zu einer längeren Unterredung.

Zusa kommt nach Berlin

Auf ein Einladung der Reichsregierung wird sich der slowakische Ministerpräsident und Außenminister Prof. Dr. Zusa binnen kurzem zu einem Besuch nach Berlin begeben.

Telesi bei Horthy

Berichterstatter über den Beitritt zum Dreimächteabkommen Der Ministerpräsident erstattete Freitag mittag dem Reichsministerpräsidenten Bericht über den Beitritt Ungarns zum Dreimächteabkommen. Der Empfang dauerte über eine Stunde.

Im Klub der Regierungspartei hielt Graf Telesi eine Rede, in der er kurz über den Beitritt Ungarns zum Dreimächteabkommen Bericht erstattete. Dabei sagte er u. a., daß Ungarn bereit sei, an dem Aufbau des neuen Europa an der Seite seiner erprobten Freunde der Achsenmächte mitzuwirken.

Abschließend gab Telesi seiner Ueberzeugung Ausdruck, daß man mit vollem Vertrauen der Zukunft entgegenblicken könne.

Tödliehe deutsche U-Boot-Gefahr

Bericht eines amerikanischen Beobachters über Englands Lage In der Wochenzeitschrift „United States News“ berichtet ein hochgeachteter Kriegsbeobachter, der aus London zurückgekehrt ist und dort in einer geheimen Mission weilte, daß das England keine besseren Kampfmittel gegen die deutschen U-Boote findet, die englische Flotte nach sechs Monaten vor einer ähnlichen Krise stehen wird wie im Jahre 1917. Die Zeitschrift führt hinzu, daß 1917 die deutschen U-Boote erstlich die Seeverbindungen und die Versorgung Englands bedrohten. — Auch aus dieser Neupublikation neutraler Quelle geht hervor, wie sehr man im Ausland heute die früher irrationale Seeherrschaft Großbritanniens allgemein anzweifelt.

Britische Seestreitkräfte zurückgezogen

Mangel an Schiffsfahrzeugen für Atlantik-Gesetzliche Aus New York wird gemeldet, daß die britischen Seestreitkräfte, die sich seit einiger Zeit in den Gewässern um die Insel Martinique aufgehalten haben, zurückgezogen wurden. Sie hatten die Aufgabe, die dort befindlichen französischen Seestreitkräfte zu blockieren und jede Verbindungsmöglichkeit von der Insel nach außerhalb zu unterbinden.

Man glaubt, daß infolge der deutschen Angriffe auf Geleitzüge im Atlantischen Ozean Großbritannien sich gezwungen sieht, auch auf die in den dortigen Gewässern stationierten Seestreitkräfte zurückzugreifen, um den Schutz der atlantischen Geleitzüge zu ermöglichen.

Gegen Errichtung von Stützpunkten

Erklärung des argentinischen Senats Im Laufe einer hürnischen, bis in die frühen Morgenstunden andauernden Sitzung gab der Senat nach Abschluß der Interpellation des Außenministers Dr. Guani in der Angelegenheit der militärischen Stützpunkte eine Erklärung ab, in der es heißt, daß der Senat auf keinen Fall Verträge oder Konventionen billigen werde, die die Bildung von Luft- oder Flottenstützpunkten im Lande autorisieren, welche ein Servitium irrendweller Art für die Nation oder die Minderung der Souveränität des Staates bedeuten könnten. Ferner drückte der Senat sein „tiefes Mißfallen aus gegenüber der vom Außenminister im Laufe der Debatte geäußerten Auffassung, die dieser konstitutionellen Organisations mit offenkundigem Unrecht Beweggründe beizugeben, die nicht der Absicht entsprächen, ehrenvollen höheren Interessen zu dienen, welche die Ursache der Interpellation waren.“

Die Deutschen im Ausland sind die kulturellen Vorposten unseres Volkes jenseits der Grenzen. Sie in ihrem Volkstum zu fester, ist eine der wichtigsten Aufgaben des VDA. — Diesem Zweck dient auch die vom 22. bis 24. November durchgeführte Schulversammlung, der ich besten Erfolg wünsche.

Martin Mutschmann

Gauleiter und Reichsstatthalter.

Frau Churchill als Köder für Indien

Im Zuge der allgemeinen Bemühungen, die britischen Kolonien und besonders Indien fester als bisher für die Verteidigung des Mutterlandes einzuspannen, hat sich jetzt auch Frau Winston Churchill in den Dienst der „guten Sache“ gestellt. Die Frau des britischen Premierministers eröffnete am 21. November mit einer Rundfunkansprache eine Serie von Propagandaabendungen, die sich nunmehr regelmäßig an die Frauen Indiens wenden sollen.

Frau Churchill vertraute zunächst ihren „indischen Mitschwestern“ an, daß der Krieg die Interessen der englischen Frau voll und ganz ausfülle, und daß sie das Leben in England unter den heutigen Umständen „aufwühlend, aber nicht unangenehm“ fände. Man lebe im Schatten des Todes.

Nach diesen etwas düsteren Ausführungen erinnerte sich Frau Churchill dann anscheinend der offiziellen Parole des Optimismus und heilte sich, getreu nach dem Vorbild ihres Gatten Winston, zu versichern, bisher sei verhältnismäßig wenig, ja, eigentlich überhaupt nichts angerichtet worden, was nicht wieder gutzumachen wäre.

Vom Ausgang dieses Krieges hänge es ab, „ob in Europa, ja vielleicht in der ganzen Welt eine abstoßliche Tyrannei eingeführt“ werden würde. „Ich habe manchmal sagen hören“, fuhr sie dann fort, „es sei scheinbar von den Engländern, über Tyrannen in Europa zu jammern und Indien die Freiheit zu verweigern.“ Von einer Diskussion dieses „falschen und irreführenden Vergleichs“ glaube sie jedoch absehen zu dürfen. Jedenfalls könne sich Indien keinen Begriff von der Tyrannei machen, unter der es leiden würde, wenn England besiegt werden sollte. Nicht Mißleid, sondern Verständnis und Sympathie erwarte England von Indien, das bereits großzügig seinen Reichtum und seine Ersparnisse zur Verfügung gestellt habe, um England diesem Krieg gewinnen zu helfen.

In welchem Maße Indien schon von jeher unter der britischen Herrschaft ausgepumpt wurde, ist aller Welt bekannt. Trotzdem aber schämt sich Frau Churchill nicht, von diesem armen Lande, das auch in diesem Kriege „seinen Reichtum und seine Ersparnisse“ zur Verfügung stellen mußte, „Verständnis und Sympathie“ (lies: eine noch weitergehende Unterstützung) zu verlangen.

Jeder Deutsche — ein Kämpfer für sein Volkstum. — Jeder Deutsche spendet für die Schulversammlung des VDA. „Die VDA-Arbeit ist heute nicht die Arbeit eines kleinen Kreises, sondern Sache der ganzen deutschen Nation.“

Im übrigen gibt selbst die Zeitung „Nemo Chronicle“, die in ihrem Kommentar zur letzten Indiendebatte im Unterhaus einerseits glaubt, die Inder mit einem deutschen Sieg sprechen zu müssen, zu daß auch eine „deutsche Herrschaft“ — die von der englischen Propaganda selbstverköndlich als Schreckgespenst ausgemalt wird — kaum in der Lage wäre, die Gefängnisse mit indischen Führern fester zu belegen, als das heute unter britischer Herrschaft der Fall ist, und daß eine weitere Senkung des Lebensstandards der Massen der indischen Bevölkerung auch unter einer anderen Herrschaft kaum denkbar wäre.

Trotz des Krieges Arbeit am Recht

Am Freitagnachmittag trat die Akademie für Deutsches Recht in ihr diesjähriges Arbeitsprogramm ein, dessen Umfang und Inhalt klar erkennen läßt, daß trotz des Krieges die Arbeiten an der Neugestaltung des Deutschen Rechts mit voller Kraft fortgeführt werden.

Professor Siebert, Berlin der stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses für Jugendarbeit kennzeichnete das Jugendrecht als Jugendberufungsrecht. Der Kern des Jugendverfassungsrechtes sei das Recht der Hitlerjugend. Aus dem Gebiet des Jugendberufungsrechtes behandelte der Redner vor allem das Recht auf Arbeit entsprechende Rechte aller Jugendlichen auf Berufserziehung.

Dann sprach Professor Huber, Leipzig, über Aufbau und Gefüge des Deutschen Rechts. Der Bericht auf die großdeutsche Lösung, die Eigenstaatlichkeit der Reichsglieder, der Antisepalt der Klassen und Konfessionen hätten seinerzeit verhindert, daß das Dritte Reich wirklich zum Reich in der vollen verfassungsmäßigen Bedeutung der deutschen Überlieferung geworden sei. Nicht zuletzt sei es der Widerstand der weltlichen Mächte gewesen, der sich dieser Verwirklichung hemmend in den Weg gestellt habe. Der Vortragende zeigte dann die grundlegenden Elemente auf, die den Bestand des heutigen Reichsgedankens erst garantieren, nämlich die Schaffung einer politischen Ordnung, die innere Einheit und Geschlossenheit der Nation, die volle Hoheitsgewalt gegenüber allen territorialen Gliedern, der Aufbau und die Struktur einer durchdachten Verwaltung, der unbeschränkte Aufbau der Wehrmacht und die selbstgewisse Souveränität nach außen. Der Reichsgedanke in seiner heutigen Form — mit diesem Gedankengang schloß Professor Huber seinen Vortrag — sei Ausdruck der deutschen Verantwortung vor Europa und der Welt.

Einführung der Hauptschule

Neuer Schritt zur Neuordnung des Schulwesens — Reichsminister Ruff verkündet die Einführung des Ausleseprinzips an den Volksschulen

Zum Abschluß seiner Besichtigungsreise durch den Reichsgau Wartheland, in deren Verlauf eine große Rundgebung in Litzmannstadt stattfand, sprach Reichsminister Ruff in der Schillerhalle in Posen zu der deutschen Erzieherschaft des Warthelands.

Dabei verkündete Reichsminister Ruff eine wichtige, auch für das ganze Reich bedeutsame Neuordnung im deutschen Schulwesen. Auf Grund einer Entscheidung des Führers soll die im alten Österreich zuerst entwickelte und in der Ostmark der behaltene Form der Hauptschule im ganzen Reich und zwar zu allererst in den neuen Reichsgauen, eingeführt werden.

Wie der Minister seinen Zuhörern erläuterte, soll die Hauptschule nach den ersten vier Volksschuljahren den besonders begabten Teil der Volksschüler, bis zu einem Drittel der Gesamtzahl, pflichtmäßig für die nächsten vier Jahre, also bis zum Ende der allgemeinen Schulpflicht zusammenfassen und zu einem über das Volksschulziel hinausgehenden Bildungsziel fördern.

Die Entscheidung des Führers beseitigt die finanziellen Hindernisse, die bisher noch immer der Verwirklichung jener Förderung des Vortriebsprogramms entgegenstanden, daß der Vorkursnachwuchs unseres Volkes ohne jegliche Rücksicht auf die wirtschaftliche Leistungskraft der Eltern gefördert werden müsse.

Mit der Einführung der Hauptschule ergibt sich fernerhin die Möglichkeit, die bisher sechsklassige Volksschule, die landliche Volksschüler zum Abiturium hinführen sollte, in vierklassige (grundsätzlich mit Internat verbundene) Anstalten umzuwandeln, zahlenmäßig zu vermehren und dadurch den Mangel an Nachwuchs für die wissenschaftlichen Berufe zu beheben.

Der aus den achtklassigen grundständigen Oberstufen hervorgegangene Nachwuchs ist ja bekanntlich für die Bedürfnisse des großdeutschen Aufbaumerkes zahlenmäßig zu gering. Die im Altreich entwickelten Mittelschulen, die schulpflichtige Volksschulen sind, würden, wie der Minister andeutete, im Zuge der Reform in den ersten vier Klassen mit den Hauptschulen verschmolzen werden. Es besteht dann durchaus die Möglichkeit, die fünfte und sechste Klasse als Volksschule auf die Hauptschule aufzusetzen, so wie ja auch in einigen Teilen der Ostmark an die Hauptschule noch freiwillige Klassen angehängt werden.

Jeder Deutsche

— ein Kämpfer für sein Volkstum. — Jeder Deutsche spendet für die Schulversammlung des VDA. „Die VDA-Arbeit ist heute nicht die Arbeit eines kleinen Kreises, sondern Sache der ganzen deutschen Nation.“